

Schlesische

Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 4,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postfachkonto: Nr. 23885, Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H., Breslau. Fernsprechanchluss: Ring Nr. 8837.

Sonnabend, 30. April 1921

Anzeigenpreise: Die 8gepalte Millimeterzeile oder deren Raum 0,90 Mk. auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3 gepaltes oder deren Raum im Text 2,- Mk.

Amsterdam gegen Moskau.

Ein Briefwechsel.

Die Herren der Amsterdamer Internationale haben einen vernichtenden Schlag — nicht etwa gegen den Kapitalismus, sondern gegen die Moskauer Diktatoren geführt. Die Herren Jouhour, Mertens und Jimmen haben nach zweimonatlichem, angestrengtem Studium den Brief der Moskauer Exekutive beantwortet, in welchem die Moskauer „Gewalthaber“ den Amsterdamern den Vorschlag machten, in allen westeuropäischen Hauptstädten vor Arbeitern öffentliche Diskussionen zwischen Moskau und Amsterdam zu veranstalten. Die Exekutive schrieb damals:

Die Amsterdamer sprechen zu Unrecht als Vertreter von 30 Millionen organisierten Arbeiter. Genau so gut wie Millerand als im Namen aller Franzosen, oder Ebert, der Vater der deutschen Revolution, als im Namen des deutschen Volkes. Die Herren von Amsterdam sprachen in Wirklichkeit im Namen eines kleinen Häufchens von Gewerkschaftsbürokraten, die in allen entscheidenden Augenblicken die Arbeiter an die Bourgeoisie verkaufen.

Die Amsterdamer verlangen, daß man auch bei ihnen Uneigennützigkeit und den guten Willen, den Arbeitern zu helfen, voraussetzen solle.

Die Moskauer Exekutive erklärt, daß sie überzeugt sei, daß auch unter den Führern der Amsterdamer Leute sind, die glauben, den Arbeitern wirklich zu helfen. Aber diese Elemente sind nicht maßgebend. Durchtriebene Geschäftsleute wie Albert Thomas, Jouhour, der verlorbene Legien, der frühere englische Minister Henderson, Vandervelde, Troelstra, Branting, sind die „Herren von Amsterdam.“ Toren Laten (die sich jetzt viele glänzend gezeigt haben bei dem Verrat der englischen Bergarbeiter. Die Redaktion) bringen es mit sich, daß sich jetzt überall die Arbeiter abmenden von dem verpesteten gelben Lager und Anstich suchen an die rote Gewerkschaftsinternationale.

Die Exekutive schätzt aber vor, den Arbeitern in öffentlicher Diskussion zwischen „Amsterdam und Moskau“ die Möglichkeit reiferer Aufklärung zu geben. Die Amsterdamer sollen ihren Einfluß bei ihren Regierungen ausbieten, um den Vorkursen die Einreise zu ermöglichen.

Dieser Brief, der die Antwort auf eine Zuschrift der Amsterdamer darstellt, muß den Herren schon auf die Nerven gefallen sein! Abgesehen davon, daß sie zwei Monate gebraucht haben, um überhaupt zu antworten und einen weiteren Monat, um die Antwort zu veröffentlichen — abgesehen davon, mußten sie natürlich nun fieberhaft daran arbeiten, die Pässe für die Russen zu besorgen, die Lokale in London, Paris, Manchester, Rom, Turin, Berlin, Prag und Wien zu mieten, die Plakate drucken zu lassen usw. Denn daß Herr Thomas kein durchtriebener Geschäftsmann sei, daß der inzwischen verstorbene Herr Legien kein Aktionär einer Münchener vatikanisch-katholischen Aktiengesellschaft gewesen sei, daß tatsächlich alle 30 Millionen Arbeiter, die Mitglieder der Gewerkschaften sind, deren Sekretäre den Amsterdamer Bund bilden, für die Amsterdamer Ideen und Prinzipien seien; daß der Bölkerbund mit dem Amsterdamer Bund weder identisch noch verwandt sei; wie könnte man denn besser und gründlicher alle diese Verleumdungen zerstreuen, als durch diese öffentliche Diskussion, quer durch ganz Europa?

Die Arbeiter harren gespannt der Antwort der Amsterdamer. Nach zwei Monaten ist sie da. — Ein Pamphlet, eine Beschimpfung des heldenhaft kämpfenden russischen Proletariats. Ablehnung der öffentlichen Diskussion. Die Amsterdamer wissen, daß ihre Machenschaften das Licht der Öffentlichkeit scheuen müssen.

Die Amsterdamer verwahren sich, daß man die Toten angreift, daß man einen so „verdienten“ Mann wie Karl Legien „beschimpft“. Wir wissen, daß Legien in ihren Augen durchaus rechtfertigt war — er war ein rechtfertigter Bürger und Aktionär.

Lassen sie die Toten ruhen — in ihrem eigenen Interesse! Sie sind sicher, daß es ihnen nur rechtlich sein könnte, wenn wir von ihnen Rechenschaft verlangten über alle jene, die auf so seltsame Weise verschwinden sind.

Beschwunden ist z. B. auch Rosa Luxemburg.

Bis jetzt haben wir von jenen, die sich das Recht anmaßen, im Namen des russischen Volkes zu sprechen, nichts als Verleumdungen, Beschimpfungen, Lügen, Verhöhnungen erfahren, die verbreitet wurden ohne den Schatten eines Beweises.

Da die Leute sich das Recht anmaßen, im Namen des russischen Volkes zu sprechen, nicht einmal den Schatten eines Beweises dafür haben, daß die englischen Gewerkschaftsführer z. B. ihre Arbeiter direkt verraten, oder daß der Albert

Thomas einen fetten Gehalt vom Bölkerbund bezieht, kann man wohl annehmen, daß die Leute in Amsterdam, die das Recht haben, im Namen der 300 000 deutschen Kommunisten, die wohl auch Gewerkschaftler sind, zu sprechen, beweisen, daß dem nicht so ist!

Die Amsterdamer erklären, daß ein Sinowjew nicht fähig sei, die Lage der westeuropäischen Arbeiter zu verstehen. Das können nur belgische, französische und englische Minister oder ein deutscher Ministerpräsident.

Wir Arbeiter wissen, daß die wirtschaftlichen und die politischen Verhältnisse den Anschluß an die rote Gewerkschaftsinternationale und die Lösung von Amsterdam mit sich bringen. Mit sich bringen, weil die Amsterdamer keinen ernsthaften Kampf führen können. Durch ihre enge Koalition mit der Bourgeoisie werden sie, wie erst jetzt die englischen Bergarbeiter, alle Kämpfe sabotieren. Wie aus dem englischen Tiefenstreik die Proletarier ihre Lehren ziehen, werden auch allerwärts die Arbeiter überall den Verrat der Amsterdamer erkennen. Sie werden die Arbeitsgemeinschaft zertrümmern und auf dem Wege des revolutionären Klassenkampfes die Herrschaft der Bourgeoisie beseitigen.

Die Einheitsfront des Breslauer Proletariats.

Die Vertreter der SPD. und USPD. nehmen die vom Gewerkschaftskartell einberufene Majfeier für sich in Anspruch. Sie schalten die Kommunisten bei der Durchführung einfach aus.

In einer am Donnerstag statgefundenen Vertrauensleutekonferenz aller politischen Parteien machen sie Propaganda für eine proletarische Einheitsfront zur Abwehr eines nationalistischen Krieges. Wenn die Leute der SPD. und USPD. wünschen, daß diese Einheitsfront nicht durchbrochen wird, müssen sie derartige Extravaganzen bleiben lassen. Unsere Anhänger werden aber auch an diesem 1. Mai demonstrieren für die Diktatur des Proletariats — für Bündnis mit Sowjetrußland — für rücksichtslosen Kampf gegen die Kapitalisten.

132 Milliarden Goldmark Schadenersatz.

Die Reparationskommission hat auf Grund des Artikels 235 des Versailler Vertrages beschlossen, den Betrag der Schäden, für die Deutschland nach den Bestimmungen des Artikels 232 und des Anhangs A zum Teil 8 des genannten Vertrages Reparation schuldet, auf 132 Milliarden Goldmark festzusetzen.

Frankreich lehnt ab.

Wie Berting im „Echo de Paris“ mitteilt, wird die Instruktion an die Washingtoner Botschafter Justerand, Staatssekretär Hughes zu erklären, das deutsche Angebot sei unannehmbar, wie folgt begründet:

In dem deutschen Vorschläge könnte die französische Regierung nur eine neue Unterwerfung des Deutschen Reiches erblicken, um sich hinter Amerika zu verziehen und sich dem Friedensvertrag von Versailles zu entziehen. Die Zahlungen, die Deutschland leisten wolle, seien niedriger als die im Abkommen von Paris vorgesehene Summen. Außerdem fehle ein Gegenwert für die zwölfprozentige Exportsteuer. Was die 12 Milliarden anbetreffe, die nach Artikel 235 des Vertrages fällig seien, so wäre ein vollkommener Verzicht darauf verlangt, aber das sei noch nicht alles. Deutschland mache seine Verprechungen, so ungenügend sie an sich seien, von unannehmbaren Bedingungen aller Art abhängig, so Ersetzung der Reparationskommission durch eine internationale Kommission, Aufhebung des Vorkaufsrechtes auf alle deutschen Eisenbahnen auf Grund des Artikels 248, Aufhebung der Garantien, die durch die Anwesenheit der Truppen am Rhein geschaffen, Aufhebung der jüngst erlassenen Zwangsmaßnahmen, Freigabe des deutschen Eigentums im Auslande, vollkommene Freiheit des deutschen Handels und vielleicht auch noch die Zurückgabe Oberschlesiens zu Deutschland. Das französische Volk würde unangenehm überrascht sein, wenn in dieser Angelegenheit die Bereinigten Staaten Deutschland auch nur die geringste Unterstützung leisten würden.

Es geht um Sowjetrußland.

Breslau, 30. April.

Es hieße die gegenwärtige politische Situation völlig verlernen, wollte man zwischen Simons und Stinnes einen Gegensatz herauskonstruieren. Dazu können nur unsere Unabhängigen oder andere unverbesserliche Pazifistennarren fähig sein.

Wenn man gerade in den letzten Monaten beobachten konnte, wie die Reichsregierung vor Stinnes und den bayrischen Kahrleuten den jämmerlichsten Rotau gemacht hat und gerade in der Entwaffnungsfrage den Dregschleuten das weiteste Entgegenkommen zeigte, so mag es natürlich einigermaßen befremden, daß Simons in der „Verständigungsfrage“ jetzt von der bisherigen deutschnationalen Linie abgekommen ist, die der Regierungswagen trotz aller Kapriolen doch immer wieder gefunden und eingehalten hat.

Die Note, die die deutsche Reichsregierung an Amerika abgeschickt hat und in der sich Simons zu einer Summe von 200 Milliarden in Goldmark verpflichtet, wird von allen „Friedensfreunden“ als ein Abwenden der Reichsregierung von den chauvinistischen Einflüssen der Ludendorff und Stinnes angesehen.

Diese Kursänderung ist natürlich nur eine scheinbare. Daran wird auch nichts geändert, wenn man selbst an Simons gutem Willen nicht zweifelt. Und auch wenn der Außenminister sich kürzlich mit aller Energie gegen den Vorwurf wandte, Stinnes junger Mann zu sein, so ändert auch diese Feststellung nichts an der Tatsache, daß diese Regierung Simons-Fehrenbach nur der Schleiher für die Diktatur Stinnes ist.

Das neuerliche Angebot Simons ist an sich nicht höher zu werten als sein „Nein“ in London.

Beide Jüge gehören zu dem Spiel, das Stinnes unbedingt zuletzt gewinnen wird und natürlich auch gewinnen will. Man darf sich durch solche Tricks und Tauschspielereien nicht verblüffen lassen.

Ganz abgesehen davon, daß das Los des Proletariats durchaus nicht rosigger wird, wenn die deutsche Bourgeoisie aus seinen Knochen 200 Milliarden auspreßt und nicht, wie die Entente es will, 226 Milliarden.

Wollte die deutsche Bourgeoisie das Angebot Simons wirklich halten (die verschämigten Ganner und Rostkämpfer denken natürlich gar nicht im Schlafe daran), so wird das für das Proletariat eine Erhöhung der Arbeitszeit auf 11 bis 12 Stunden täglich bedeuten.

Aber ebensowenig wie sich die französischen Chauvinisten und Großindustriellen mit dem deutschen Angebot einverstanden erklären, ebensowenig denkt Herr Stinnes sich mit dem Verdienst zu begnügen, der ihm wird, wenn Simons Angebot zur „Verständigung“ führen sollte. Die Wünsche der französischen und deutschen Imperialisten liegen auf einer Linie.

So now machen heute weder die Briand noch die Stinnes Weltpolitik. Sie sind dabei sich zu einem Generalkartell des Eisens und der Kohle zusammenzuschließen, das die verwegenen Träume aller Weltimperialisten der Erfüllung näher bringen soll. Wenn heute Simons Entgegenkommen zeigen muß, so gehört das mit zu der von Stinnes eingeschlagenen Taktik. Die französischen und deutschen Eigentümige wollen eine andere Verständigung. Sie wollen die Sanktionen. Und mag es scheinen, daß sich Simons anstrengt, um eine mittlere Linie zu finden, auch seine letzte Note an Amerika atmet Stinnes Geist. Denn wenn die Note auf der einen Seite ein größeres Angebot macht, auf der anderen aber verlangt, daß Frankreich ein für allemal seine Absichten aufgibt, zu Sanktionen zu greifen (was ihm legalitür der Versailler Vertrag ja auch zugesteht), so ist das in praxi nichts anderes als mit der anderen Hand nehmen, was mit der einen gegeben wurde.

Aber gerade damit kommen sich die deutschen und französischen Großindustriellen einen ganz bedeutenden Schritt näher. Die Stinnes und Ludendorff erhalten dadurch bei der indifferenten deutschen Masse die nötige nationalistische Siedehitze die sie brauchen, um sich als Retter des Vaterlandes aufspielen zu können, um freie Hand zur Errichtung einer rücksichtslosen Sabelkittatur zu bekommen.

Aber auch der Hunger der französischen Imperialisten ist so groß, daß er durch kein Angebot Simons gestillt werden kann und wäre es noch so reichlich und hoch bemessen.

In der „Humanité“ schreibt Genosse Paul Louis mit vollem Recht:

Der 1. Mai muß ein Kampftag sein!

...da ist klar, das Simon große Anstrengungen gemacht hat, um die Sanftmütigen zu vermeiden, und das er sich nicht davon getrennt hat, den nationalistischen Parteien Widerstand zu leisten. Seine Vorschläge bedeuten eine hohe Anzahl von Milliarden, aber unsere Kassen sind nicht so leicht zu entleeren. Wir wollen uns keine Illusionen machen: Die auch immer die deutschen Anstrengungen sein werden, der französisch: Kapitalismus und Imperialismus wird nicht zurückweichen; die Frage der Reparation kommt jetzt für sie erst in zweiter Linie. Was sie im Augenblick interessiert, ist die Besetzung der Ruhr.

Die Pläne der deutschen und französischen Imperialisten werden sich in kurzer Zeit doch treffen müssen. Ein Gedanke eint beide, ein Wille streift aus den Plänen der Chauvinisten diesseits und jenseits des Rheins: es soll eine starke Vorhut der Gegenrevolution geschaffen werden, um zum letzten entscheidenden Schlage auszuholen gegen den allen gemeinsamen und allen verhassten Feind Sowjet-Rußland.

Um diesen Preis hat sich Stinnes mit Millerand schon seit Spaa verständigt. Und auf die Realisierung dieses Planes wird jetzt mit allem Hochdruck von französischer und deutscher Seite hingearbeitet.

Die Besetzung des Ruhrgebietes wird die gewaltige Generaloffensive der Gegenrevolution gegen Sowjet-Rußland einleiten.

Das Frankreich schon mehr als einmal gezeigt, daß es das Spiel der Gegenrevolution ist und daß es mit vollem Bewusstsein alle Aktionen unterstützt hat und unterstützen wird, die sich gegen Rußland richten, so zeigt es auch jetzt wieder, daß es den Forderungen der gegenwärtigen Situation voll und ganz gerecht wird.

Sowjet-Rußland muß niedergeschlagen werden. Was einem Koltzjak, Denikin, Judenitsch, Wrangel nicht gelungen ist, diese Aufgabe soll Ludendorff jetzt übernehmen.

Und man hat das Vertrauen, daß es diesem General an der Spitze der Wehrmacht und Reichswehrsoldaten gelingen wird, die russische Rote Armee in Klumpen zu schlagen.

Nachdem die Hörsing und Severing versucht haben, die deutschen Kommunisten, die von den SPD- und USPD-Arbeitern im Stich gelassen wurden, niederzuschlagen, kann die deutsche Gegenrevolution sich formieren. Doch und Ludendorff reichen sich die blutbesudelten Hände zur Alliance des weißen Exzelsus, den man nach Osten tragen will in das russische Reich des Friedens und der Arbeit.

Das ist die Entwicklung der Dinge. Man stelle sich ja nicht darauf ein, als wenn es zu neuen kriegerischen Konflikten zwischen den deutschen und französisch-imperialistischen kommen werde. Das sind nur geschickte Manöver, um die letzten Anstrengungen zu verschleiern.

Die deutschen Reichswehrtropfen, die heute an die polnische oder tschechische Grenze abgehen, um den „Feind“ abzuwehren, die werden morgen gegen den gemeinsamen Feind, gegen die russische Rote Armee marschieren in einer Front, die im Arm mit den polnischen und tschechischen Wehrgarden.

Das Werkzeug, das bisher Weißpolen in den Händen der Entente gegen Sowjet-Rußland gewesen ist, soll jetzt Weiß-Deutschland werden.

Weiß-Deutschland soll der Boden sein, auf dem die Weissen umziehen sollen zum Sturmangriff auf Sowjet-Rußland.

Will der Weltkapitalismus seine letzten imperialistischen Ziele erreichen, so muß zuerst das letzte und einzige gewaltige Bollwerk der Weltrevolution, Sowjet-Rußland, gestürzt werden.

Das ist das nächste Ziel der französischen Großkapitalisten und dazu alliierten sie sich mit Stinnes, dazu wollen sie Ludendorff gebrauchen.

Wenn die deutschen Sozialdemokraten ihre Spekulationen, wieder zur Macht zu kommen, auf eventuelle kriegerische Konflikte einstellen zwischen den deutschen und französischen Militaristen, so liegt ihre arbeitervertreterische und volksfeindliche Politik natürlich in derselben Linie, wie die der Stinnes und Ludendorff.

Die Deutschnationalen wie die Sozialdemokraten betreiben beide nur die Geschäfte der Entente.

Heute stellen sich die Gewerkschaftsführer und Sozialdemokraten hin und bieten sich Lloyd George, bieten sich der Entente als die einzigen an, die allein dafür sorgen können, daß es zu einer „Verständigung“ kommt.

Die Dinge liegen heute wieder so ähnlich wie 1918 nach dem Zusammenbruch. Wieder hat die Bourgeoisie solange an einer selbstherrlichen Politik festgehalten, bis sie nicht mehr weiß wo aus noch ein.

Und wieder sind es die Sozialdemokraten, die sich mit aufständischer Dummheit dem ansgeworfenen deutschen Volk als „Retter“ anpreisen.

Was das deutsche Proletariat jetzt klarer sehen als 1918? Was es jetzt erkennen, daß zwischen der Politik eines Stinnes, die zu Sanftmütigen irrt, und dem Programm der Gewerkschaften, das die „Verständigung“ will, keinerlei Unterschied besteht, daß beide Wege das deutsche Proletariat ins Elend, in verheerende Ausdehnung, in ewige Sklaverei führen?

Sowjet-Ludendorffs offene Militaristen, als auch die von den Sozialdemokraten und Unabhängigen betriebene sozialistische Regierung bringt das verhängnisvolle deutsche Volk in die Sklaverei der Entente.

Für die deutschen Arbeiter und Bauern gibt es nur einen Weg: sich selbst die Macht zu erkämpfen.

Nur Sowjet-Deutschland kann den Versailles Vertrag mit dem Schwert zerbrechen.

Eine sozialistische Regierung in Deutschland kann auch nur von der Grube der Entente leben und hat im Auftrag der internationalen Kapitalisten das deutsche Proletariat abzumähen und den Kampf anzunehmen gegen Sowjet-Rußland. Und in einem Deutschland, in dem die Wehr, Scherenschnitt und Brandstiftung herrschen, wird sich auch jetzt noch ein Bündnis finden.

Die deutschen Sozialdemokraten und Unabhängigen, die sich so trefflich bewährt haben beim Abschlagen des letzten

Kommunistenrußlandes, werden auch von der Entente für würdig befunden werden, den Kampf führen zu dürfen gegen die russischen Kommunisten.

Wären sich die Dinge entwickeln wie sie wollen, das deutsche Proletariat muß begreifen, daß es sich jetzt darum handelt: zu kämpfen oder in ewiger Sklaverei zu sterben.

Für das Proletariat geht es nicht um die Verständigung zwischen der deutschen Bourgeoisie und der Entente, für das deutsche Proletariat geht es um Sowjet-Rußland.

Und das muß der Schlachtruf sein in kommenden Kämpfen:

**Hände weg von Sowjet-Rußland!**

## Politische Uebersicht.

### Die Koalitionsparteien zur Simons-Note.

Die Fraktionen der drei Koalitionsparteien, der deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten, sowie der bayrischen Volkspartei haben zu den neuen Vorschlägen an die Entente folgende Erklärung abgegeben:

Nachdem die Londoner Verhandlungen abgebrochen waren, hat das deutsche Volk in fester Entschlossenheit die über große Teile Deutschlands verhängten Zwangsmaßnahmen gerügt. Sie haben bisher ihren Zweck nicht erreicht, sie würden auch verschärft ihn niemals erreichen. Unseren Volksgenossen danken wir für ihre Treue. Wir sind überzeugt, daß

## Gedenkt der Märzopfer!

Sammelt unermüdet für die „Rote Hilfe“  
Gebt schnell! Gebt reichlich!  
Vergeht die Brüder nicht, die hinter Kerkermauern schmachten!

Die Vorschläge, die dem Präsidenten der Vereinigten Staaten mitgeteilt worden sind, rufen uns Ungeheures zu. Aber das deutsche Volk ist gewillt, unerschrocken das zu leisten, was es überhaupt leisten kann. Es wird mit uns der Auffassung sein, daß für rücksichtlose Forderungen jetzt nicht die Zeit ist. Schlägt auch dieser Versuch fehl, so ist vor der Geschichte festgesetzt, daß Deutschland alles getan hat, was in seinen Kräften stand, um der erschütterten und zerstörten Welt den Frieden zu geben, nach dem sie ruft, und die menschliche Entwicklung Deutschlands in ruhigen Bahnen zu führen.

Die Vorschläge, die dem Präsidenten der Vereinigten Staaten mitgeteilt worden sind, rufen uns Ungeheures zu. Aber das deutsche Volk ist gewillt, unerschrocken das zu leisten, was es überhaupt leisten kann. Es wird mit uns der Auffassung sein, daß für rücksichtlose Forderungen jetzt nicht die Zeit ist. Schlägt auch dieser Versuch fehl, so ist vor der Geschichte festgesetzt, daß Deutschland alles getan hat, was in seinen Kräften stand, um der erschütterten und zerstörten Welt den Frieden zu geben, nach dem sie ruft, und die menschliche Entwicklung Deutschlands in ruhigen Bahnen zu führen.

Die Koalitionsparteien haben es leicht, sich zu den Vorschlägen zu bekennen, da sie genau wissen, daß sie abgelehnt werden. Dahinter steht Stinnes als Regisseur, der die Fäden fest in den Händen hält und weiter zieht. Bis endlich sein Ziel, die Besetzung des Ruhrgebietes erreicht ist. Dann hat er die Plattform zu der gewaltigen Verschmelzung der deutschen und französischen Eisen- und Kohlen-gewaltigen.

## Stegerwald will aus Deutschland ein Zuchtshaus machen.

In seiner Zeitung „Der Deutsche“ hat Stegerwald sein Arbeitsprogramm entwickelt und gezeigt, daß er ein guter Nationalist ist, der sich bemüht, auch des Vertrauens der Deutschnationalen würdig zu sein, die ihn ja mit in den Sattel gehoben haben.

In dem Programm heißt es: „Als die wichtigsten Forderungen des Tages betrachtet das Ministerium die Sicherstellung von Ruhe und Ordnung, Bekämpfung aller Unruhmomente, von welcher Seite sie auch kommen. Das Ministerium wendet daher der Aufrechterhaltung des Sicherheitspolizeiwesens seine besondere Aufmerksamkeit zu, und zwar in es in erster Linie die Heranbildung von geeigneten Nachwuchs, dem die amtliche Sorge gilt. Ein dahingehender Gesetzentwurf über die Einrichtung von Polizeischulen werde erfolgen und demnachst der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden.“

Eine mit der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung aufs innigste zusammenhängende Frage ist die Ressort-zugehörigkeit des Sicherheitskommissars, der bisher sowohl dem Innenministerium, wie dem Reichspräsidenten unterstellt war. Da man eine Zentralisierung aller Sicherheits-einrichtungen beabsichtigt, erwägt man jetzt den Plan einer engeren Angliederung des Sicherheitskommissars an das Ministerium des Innern, eine Maßregel, die im Interesse der Vereinheitlichung sehr zu begrüßen wäre. Nicht minder wichtig als die Probleme der öffentlichen Ruhe und Ordnung dürfte die der Personalpolitik sein, die zurzeit dem Reichspräsidenten besondere Erwägungen innerhalb des Innenministeriums bilden. Bei der Eingliederung geeigneter neuer Elemente hat man zum Teil betrübliche Erfahrungen gemacht und hofft auch auf diesem Wege Fortschritte zu machen.“

Das heißt mit anderen Worten: Deutschland soll ein großes Zuchtshaus werden. Stegerwald will also an der Politik seiner großen Vorgänger Rott, Föner, Severing teilnehmen.

## Die Orgesch rüftet überall.

In Weiskensels (Saale) ist man am vergangenen Sonnabend einer großen Waffen- und Munitionshändlung auf die Spur gekommen. Auf dem dortigen Güterbahnhof kamen fünf Kisten, ungefähr 20 Kilo schwer, deklariert als Uhrengewichte, adressiert an den Uhrmacher Striezel, Weiskensels, Markt 8, an. Aufgabebort: Potsdam. Diese Kisten wurden Striezel zugestellt. Eine andere Kiste, an den Werkmeister Brunert gerichtet, deklariert als Eisenwaren, wurde zum Verhängnis. An dieser Kiste hatte sich der Deckel gelöst, so daß man ein Paket mit der Aufschrift „Patronen“ sehen konnte. Auf Grund einer Meldung wurde die Erlaubnis zur Öffnung der Kiste erteilt. Bei der vorgenommenen Öffnung stellten sich die deklarierten Eisenwaren als 12 Karabiner und 3400 Schuß Infanteriemunition heraus.

Da der Absender der Kiste derselbe war wie bei der Sendung an Striezel, wurde der Verdacht rege, daß es sich auch dort um eine Munitionslieferung handele. Dieser Verdacht hat sich auch bestätigt. Nach sofortiger Meldung an die Polizei wurden Beamte bei Striezel vorstellig. Ueber den Verbleib des Frachtbriefes wollten Striezel und sein Sohn nichts wissen, trotzdem derselbe im Laden hing. Auf Verlangen wurde den Beamten eine Kiste gezeigt. Diese enthielt gemäß Deklaration Uhrengewichte. Die vier anderen Kisten sollten verbrannt sein. Als aber mit Verhaftung gedroht wurde, kamen auch die angeblich verbrannten Kisten zum Vorschein, aber hier war die Füllung nicht Uhrengewichte, sondern Infanteriemunition. Die eine Kiste war entleert und mit Uhrengewichten gefüllt worden. Im ganzen waren es 8000 Schuß Infanteriemunition. Die Kisten waren numeriert 21-27, die Kiste von Brunert mit einberechnet. Es fehlen die Kisten von 1-21, die bereits nach anderen Orten verschoben sind. Die Polizei hat Ermittlungen angestellt, um auch diese Munition auffindig zu machen.

## Essens Metallarbeiter gegen den Belagerungszustand.

Eine im Nordparkaal zu Essen stattgefundene Generalversammlung der Metallarbeiter hat einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat zu den bestehenden Ausnahmezustand Stellung genommen und verlangt die sofortige Aufhebung desselben.

Weiter verurteilten die Versammelten, die durch die Ausnahmegesetze gefällten Schandurteile und überfenden den durch diese Gerichte verurteilten Genossen ihre volle Sympathie.

Die Essener Metallarbeiter verpflichten sich, die Angehörigen der Verurteilten mit allen Mitteln zu unterstützen. Zu diesem Zweck bewilligt die Generalversammlung Mk. 5000, die der Unterstützungskommission „Rote Hilfe“ zu überweisen sind, da aus derselben alle Opfer ohne Unterschied der Parteirichtung unterstützt werden.

In einer weiteren Entschließung, die mit überwiegender Mehrheit, gegen 20 Stimmen angenommen wurde, wird in der schärfsten Form gegen die Schreibweise der rechtssozialistischen „Essener Arbeiter-Zeitung“ Stellung genommen.

## Gegen den verschärften Ausnahmezustand in Bayern

richtete sich eine Interpellation der USPD, im bayrischen Landtag. Der Antragssteller kritisierte aufs schärfste die Massenverhaftungen und die Jagd nach Kommunisten, die von der Polizei iniszeniert werden. Obwohl sämtliche Funktionäre der KPD verhaftet worden sind und noch täglich Verhaftungen vorgenommen werden, leugnete der Staatssekretär Schweyer jede Verschärfung der notwendigen Bestimmungen. Die Zeitungsverbote und die Verbote kommunistischer Versammlungen seien notwendig zur Aufrechterhaltung der Ordnung.

## In München ist Halentreuz Trumpf.

Welche Zustände in Bayern, dem gelobten Land der Reaktion herrschen, geht aus folgender Münchener Meldung hervor:

Die Gesellschaft Enosis, die sich die Veröhnung der Konfessionen zur Aufgabe gesetzt hat, hielt einen Vortrag über Weltanschauungsfragen. Nachdem bereits ein Protestant und ein altkatholischer Herr gesprochen hatte, sollte auch ein Robbiner sprechen.

Im Saale hatten sich eine Anzahl Halentreuzjünglinge eingefunden. Nachdem der Redner ungefähr eine Viertelstunde gesprochen hatte, setzten plötzlich Zwischenrufe und Tumult ein.

Alle Versuche des Vorsitzenden und anderer Versammlungsteilnehmer, die Ruhe wieder herzustellen, waren vergeblich. Plötzlich sprang ein deutschkatholischer Stoßtrupp, bewaffnet mit Gummiknüppeln und Prügeln, in den Saal und fiel über die Zuhörerschaft her. Stühle wurden zertrümmert und die Saalbänke ebenfalls von den deutschkatholischen Jünglingen, die zum großen Teil Studenten waren, als Waffe benutzt. Eine große Zahl der Versammlungsteilnehmer wurde verletzt. Als der Tumult vorbei war, erschienen die bayerische Polizei

Man muß schon sagen: Schön ist anders. Aber das ist nun einmal das Ideal unserer Deutschen mit den klaren Augen und der zottigen Mäntelchen.

# Kapitalistischer Bankrott. — Proletarischer Aufbau.

Aus der Rede des Genossen Frölich im Reichstag.

Die Regierungsparteien haben eine Erklärung abgegeben, die nur den einzigen politischen Gedanken enthält: Wir, die Regierungsparteien des Deutschen Reichstags, sind bereit, das deutsche Volk der gesamten Ausbeutergesellschaft der Welt auszuliefern.

Charakteristisch für die gegenwärtige Situation ist der Streit zwischen den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen über die Schuld am Kriege und seinen Folgen.

Es ist der Gipfel der Schamlosigkeit, wenn die Sozialdemokraten versuchen, Drest-Litovsk nur gegen die Rechte auszuspielen. Sie tragen die

Mitschuld an diesem Schmach- und Schandvertrag. Sie haben dafür gesorgt, daß er im Reichstag angenommen werden konnte.

Und das Dokument, das hier zur Debatte steht: Der Vorschlag der deutschen Regierung an Herrn Harding. Glaubt die Regierung im Ernst, daß dieser Vorschlag jemals verwirklicht werden kann, den sie da vorschlägt? Daß das deutsche Volk die Lasten übernehmen kann, die ihm da zugemutet werden? Glaubt sie, daß die Entente einem solchen Vorschlag zustimmen wird? Hat sich die Regierung klargemacht, in welcher Weise sie die rein finanziellen Verpflichtungen, die sie eingegangen ist, auf das Volk abzuwälzen gedenkt? Wo sind die Steuerentwürfe, wo sind die Konfiskationen, die dazu nötig wären? Sie haben nur ein Mittel:

Man wird dem arbeitenden Volke das Brot konfiszieren, denn den Geldsack des Herrn Stinnes wird diese Regierung nicht angreifen. Ihr wurselt fort, bis

das deutsche Volk zu Grunde gerichtet sein wird.

Dr. Simons hat erklärt, sein Vorschlag sei der Appell an das Prinzip der ewigen Gerechtigkeit. Ein Politiker, der zu einem solchen Appell genötigt ist, beweist damit, daß er von vornherein erledigt ist. Er beweist damit den Bankrott seiner Politik. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Nicht Gerechtigkeit entscheidet in der Politik, sondern Macht und Interesse.

Das Kabinett Briand treibt eine eindeutige imperialistische Politik gegen Deutschland. Diese Politik verlangt nicht in erster Linie Erfüllung des Friedensvertrages, sondern greifbare Sicherheiten, die durch die Sanktionen errungen werden sollen. Durch die Verdrängung des französisch-englischen Gegensatzes durch den englisch-amerikanischen Gegensatz war England gezwungen, den imperialistischen und wirtschaftlichen Forderungen Frankreichs immer weiter nachzugeben. Schon in Spa waren die beiden Mächte fast auf eine Linie gekommen, nur daß damals Lloyd George in der Entwaflungsfrage nach einer Wänderung für die deutsche Konterrvolution suchte und den heißeren Schrei nach dem deutschen Gallifet ausließ. Inzwischen hat Frankreich auch hier gesiegt. Frankreich fühlt sich jetzt unbeschränkt als die konterrvolutionäre Vormacht. Sein Ziel ist, über die Leiche Deutschlands hinweg dem Bolschewismus, unseren russischen Brüdern, an die Gurgel zu springen. Wer in Deutschland konterrvolutionäre Politik treibt, leistet der französischen Politik Vorschub und sorgt dafür, daß Deutschland wirtschaftlich und politisch abgewürgt wird.

Wir Kommunisten sehen sehr deutlich, welche Bedeutung diese Politik für die Zukunft hat. Wenn Frankreich das Ruhrgebiet besetzt, wenn es das Industriegebiet Oberschlesiens an Polen bringt, dann werden damit zwei Ziele verfolgt: Einmal das gegenwärtige Deutschland von seinen Rohstoffquellen abzuschneiden und Mittel der Erpressung in die Hand zu bekommen, zugleich aber soll damit der Sturz des deutschen Kapitalismus durch die Arbeiterklasse verhindert werden, weil man sich sagt, daß eine deutsche Räterepublik lebensunfähig sei, die von den wichtigsten wirtschaftlichen Positionen abgeschnitten ist. Das ist eine sehr kluge Politik, und die französischen Militaristen und Kapitalisten verstehen nur das eine nicht, daß eine deutsche Räterepublik ein propagandistisch und revolutionärer Faktor für das französische Proletariat ist, der die revolutionäre Bewegung in Frankreich selbst wachrufen und vorwärts treiben wird.

Die Politik Frankreichs, so eindeutig konterrvolutionär sie ist, kann uns nicht einschüchtern, im Gegenteil, gerade Gegenteil werden wir unsere Kräfte und unsere Kämpfe verschärfen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Die Folgen der Sanktionen wie der Vorschläge der deutschen Regierung oder auch eines Kompromisses zwischen der deutschen und der Ententeregierung wird sein eine ungeheure Schädigung der deutschen Industrie, Betriebsstilllegungen und Arbeitslosigkeit in einem Maße, wie er bisher unerhört war. Schon haben die Drohungen der Entente einen Balzsturz herbeigeführt. Treten die Sanktionen ein, dann wird eine gewaltige Preissteigerung namentlich für die Lebensmittel unmittelbar folgen und die Agrarier werden dafür sorgen, daß auf Grund so günstiger Konjunktur ihr Geldbeutel schwillt. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Die Spekulation Lloyd Georges ist sehr klug und wenn wir in der Tat im kapitalistischen Deutschland eine Regierung mit sozialistischer Spitze bekommen, dann wird die Entente in den Sozialdemokraten und Unabhängigen die Männer haben, die ihnen von vornherein zu Willen sind. Herr

Dr. Breitscheid, der Minister des Auswärtigen in der künftigen deutschen Regierung

hat sich vorhin bereits vorgestellt, die seine großen staatsmännischen Fähigkeiten beweisen und gegenüber Dr. Simons, seinem jetzt noch amtierenden Vorgänger, den diplomatischen Kräfte herunterzuziehen.

Wie richten sich nun die einzelnen Klassen in Deutschland auf die künftige Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse ein? Herr Stinnes hat die österreichische Monarchie

in seine Hand gebracht und aus dem „Berl. Tagebl.“ konnte man erfahren, daß er an die österreichische Regierung die Forderung gestellt hat, einen Schutzzoll von 33 Prozent des Wertes der eingeführten Eisenprodukte einzuführen. Damit erklärt Stinnes auf seine Hand Deutschland den Wirtschaftskrieg. Damit sorgt Stinnes von sich aus dafür, daß die verheerenden Wirkungen der Sanktionen verschärft werden, daß die deutsche Ausfuhr auch nach Oesterreich unmbglich gemacht wird und die Arbeitslosigkeit gefördert wird. Was die deutsche Industrie und damit die deutsche Arbeiterklasse verliert, das gewinnt Stinnes in Oesterreich. Hier hat sie Gelegenheit, ihren Mut weiter zu beweisen. Sie stelle Herrn

Stinnes wegen Hochverrats vor ihr Ausnahmegericht. (Zustimmung bei den Kommunisten.) Im Wesen dieselbe Politik kündigt die Textilindustriellen an, indem sie drohen, Zweigstellen im neutralen Auslande einzurichten, d. h. Abbruch der deutschen Wirtschaft, Kapitalflucht und wiederum Arbeitslosigkeit und Massen hunger.

So treiben die Großindustriellen Hochverrat am deutschen Volk und arbeiten sie Hand in Hand mit dem französischen Imperialismus an der Zerstörung der deutschen Wirtschaft.

Wird Herr Hörsing seine Gründe auch gegen den deutschen Arbeitgeberverband mobilisieren? (Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Wie stellen sich angesichts dessen die Organisationen, die sich als die beruflichen Vertreter der deutschen Arbeiterklasse und des internationalen Proletariats fühlen? Der Gewerkschaftsbund hat Vorschläge eingereicht und die Sozialdemokratische Partei und die Unabhängigen haben sie ausdrücklich gebilligt. Diese Vorschläge bedeuten nichts anderes, als daß sie dem internationalen Kapital die Aufgabe erleichtern, dem internationalen Proletariat das letzte Mark auszufaugen. Sehr charakteristisch war, daß der Minister Simons, der Minister der kapitalistischen Regierung, den Gewerkschaften für diese Vorschläge seinen innigsten Dank aussprechen konnte. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Zur Kennzeichnung dieser Vorschläge genügt es zu sagen: So wie die pazifistische Politik, die von der deutschen Sozialdemokratie und von der Unabhängigen Partei getrieben worden ist, zu nichts anderem führte als zur praktischen Unterstützung der Kriegspolitik, so führt diese Politik der Vorschläge der Gewerkschaften unmittelbar dazu, die Ausplünderung der Arbeiterklasse, des internationalen Proletariats durch das internationale Kapital, zu fördern. Herr Breitscheid hat mit dankenswerter Deutlichkeit anerkannt, daß diese Vorschläge Konzeptionen an den Kapitalismus sind.

Diese Situation, in der wir uns augenblicklich befinden, ähnelt durchaus der Situation Ungarns am 21. März 1919. Der Situation, in der die Kapitalisten erklärten, wir wissen nicht mehr aus noch ein, wir verzichten, übernehmt ihr Kommunisten die Macht. Ein tiefgehender Unterschied nur ist vorhanden, nämlich, daß die Konterrvolution aus dem 21. März 1919 gelernt hat, daß sie sich gerüstet hat und als Ziel ihrer Politik den Satz aufstellen kann: Das deutsche Proletariat muß in Fesseln geschlagen, ihm müssen die Sehnen durchgeschnitten werden, damit es als Sklave dem internationalen Kapital vorgeworfen werden kann.

Das ist der Inhalt der Politik, die im März dieses Jahres getrieben worden ist, das ist der Hintergrund des Ueberfalls Hörsings auf das mitteldeutsche Proletariat und nichts anderes. Das war der erste Versuch, die Arbeiterklasse in den Betrieben durch die Militärmacht zu fesseln. Hier handelte sich um einen flagranten

Angriff der Konterrvolution auf das deutsche Proletariat.

Wir wissen gut genug, daß es sich bei diesen Aktionen des Militärs und der Justiz um einen Klassenkampf handelt und daß im Kampf der Klassen nicht von Gerechtigkeit die Rede ist. Es handelt sich dabei darum,

den Gegner durch Terror niederzuwerfen.

Wir sagen euch mit den Worten von Karl Marx: Unser Urteil über die elende und erbärmliche Heuchelei, die sich hinter dieser Blutjustiz verbirgt:

„Sowas also eure heuchlerischen, nach einem unmöglichen Vorwand basierenden Phrasen? Wir sind rüchloslos, wir verlangen keine Rücksicht von euch. Wenn die Reibe an uns kommt, wir werden den Terrorismus nicht begehnen. Aber die royalistischen Terroristen, die Terroristen von Gottes- und Rechtsnamen, in der Praxis sind sie brutal, verächtlich, gemein, in der Theorie feig, verneint, zweigüngig, in beiden Beziehungen ehrlos.“

Als Lord Byron seine große Anklagerede hielt, stand England an der Schwelle der ersten großen revolutionären Bewegung des Proletariats, der Charlistenbewegung. Dem Kapitalismus ist es noch gelungen, dieser revolutionären Bewegung Herr zu werden. Aber er konnte es auch nur durch ungeheure Konzessionen an das Proletariat, durch eine grundsätzliche Umstellung seiner ganzen Politik. Damals wurde die Revolution vermieden, weil der Kapitalismus noch entscheidungsfähig war, die heutige Situation ist unmittelbar viel verhängnisvoller für die deutsche und die Weltwirtschaft. Heute gibt es keine Entwicklungsmöglichkeiten mehr für den Kapitalismus, keine Möglichkeit zu Konzessionen an das Proletariat. Der große Verfallstag naht. Gegenüber allen Märgern der deutschen und der Ententeregierung gibt es für das deutsche Proletariat nur eine einzige Politik:

Die revolutionäre Energie zusammenzufassen, die Massen zusammenzurufen zum revolutionären Kampf, durch zähe Kämpfe zu stürzen diese Regierung, zu stürzen den Kapitalismus und zu schmieden die deutsche Räterepublik.

(Beifall bei den Kommunisten.)

## Oberschlesien.

Zum Streit auf der Gleiwitzer Grube. Am 28. d. Mis. fand auf der Gleiwitzer Grube eine Belegschaftsversammlung statt.

Etwa 1200—1400 Arbeiter waren erschienen. Ein Teil der Belegschaft hatte den Kreiskontrollleur gebeten, an der Versammlung teilzunehmen, um sich über die Stimmung der Arbeiterschaft zu informieren.

Gleichzeitig waren per Auto 15—20 Apobeamte erschienen, die sich unter der Belegschaft postierten.

Betriebsrat Hajons gab Bericht über die Verhandlungen im Hauptanschuß. Sie verliefen ergebnislos. Beraten wurde nur der 1. Punkt. Dann hielten es die Unternehmer für wichtiger die Verhandlungen abbrechen, sich schlafen zu legen — und die Arbeiter auf der Straße liegen zu lassen.

Jetzt hat man herausgefunden, daß gegen die Unterzeichner des Korfantsy'schen Industrieauftrages gerichtliche vorgegangen werden soll.

Obmann Frank ließ darüber abstimmen, ob die Arbeit aufgenommen werden soll. Für die Arbeitsaufnahme erhoben von den versammelten 1200—1400 Bergarbeitern nur drei ihre Hand. Rufe nach einer geheimen Abstimmung wurden laut. Der Antrag wurde rundweg abgelehnt.

Bei der nochmaligen Abstimmung waren wiederum nur drei Arbeiter für die Aufnahme der Arbeit.

Im Namen der Freien Arbeiter-Union ergriff Genosse Jaboch das Wort und gab der Belegschaft, die entschlossen ist, die Grube zu besetzen, einige Aufklärungen. Er wies ausdrücklich darauf hin, daß sie sich hierzu vorbereiten muß.

Die deutschen und die polnischen Gewerkschaftsführer warnen schon jetzt die Arbeiter, die sich mit den Gleiwitzer Bergleuten solidarisch erklärt haben, vor einem Sympathiestreik. Sie wollen erst alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpfen. Diese Arbeitervertreter wollen ihren Freunden in England und dem Ruhrgebiet natürlich in nichts nachsehen. Deshalb sind sie schon jetzt bereit, um ein Einigungsgericht die Gleiwitzer Bergleute zu verkaufen.

Aufgabe der Arbeiterschaft aller Gruben und Hütten Oberschlesiens ist es, diesem Kampfe die größte Aufmerksamkeit zu schenken, ihn zu steigern und der treuen Provokation der Grubenbarone entgegenzusetzen den eisernen Willen zum Kampf bis zum Siege.

## Die PPS. gegen den 1. Mai.

Die Bezirksleitung der PPS. erläßt eine Kundgebung, in der sie unter Berufung auf die Verordnung der F. R. vom 3. März von jeglichen Umzügen am 1. Mai Abstand nimmt und zur Bekanntheit von Festlichkeiten und . . . Tanzabenden auffordert.

Die PPS. entpuppt sich immer noch als das, was sie ist: Eine Partei der Lakaien der proletarischen Bourgeoisie.

Die PPS. ist konsequenter als die SPD. Sie machen auch am 1. Mai aus ihrer „Arbeitsgemeinschaft mit den internationalen Kettenhunden“ kein Hehl. Wenn auch die SPD. und mit ihr die 2. Internationale in einem schwülstigen Aufruf zum 1. Mai auffordert, so wissen wir, daß dadurch nur der Zweck verfolgt wird, die Massen über den wahren Charakter dieser Verräter hinweg zu täuschen.

## Aus der Provinz.

Das außerordentliche Gericht für Breslau. Eine Breslauer Zeitung bringt folgende Meldung:

„Wie uns mitgeteilt wird, hat die Anklagebehörde bei dem hiesigen außerordentlichen Gericht mit der Einsetzung dieses Gerichts ihre Tätigkeit aufgenommen. Trotzdem scheint eine Hauptverhandlung zurzeit noch nicht bevorzuzustehen. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß das zu bearbeitende Material außerordentlich umfangreich ist, und daß die noch erforderlichen Ermittlungen besonders deshalb sehr zeitraubend sind, weil sie sich infolge des Zusammenhanges der einzelnen anhängigen Sachen über den Bezirk des hiesigen Gerichts hinaus fast über die ganze Provinz Niederschlesien erstrecken müssen. Dieser Zusammenhang ist wohl auch der Grund dafür, daß anscheinend mit einer getrennten Verhandlung gegen die Täter bei den hiesigen Sprengstoffattentaten und dem Eisenbahnsturz nicht zu rechnen ist.“

Für die spätere Hauptverhandlung ist wohl noch der Gedanke maßgebend, daß trotz der angestrebten Beschleunigung auch die Interessen der Beschuldigten durch eine eingehende Aufklärung des Sachverhalts in jeder Weise gewahrt werden müssen. Die Notwendigkeit der Einsetzung eines außerordentlichen Gerichts für Breslau ergab sich vor allem aus der Erwägung, daß unter den augenblicklichen Verhältnissen das Reichsgericht nicht in der Lage sein würde, die hier schwebenden Verfahren mit ihrem umfangreichen Beweis- und Belastungsmaterial so schnell zur Durchführung zu bringen, wie es im Interesse der Sache und besonders der in Haft befindlichen Beschuldigten wünschenswert erschien.“

Wir wissen, daß es dem außerordentlichen Gerichte schwer fallen wird, Belastungsmaterial gegen unsere Genossen zusammenzubringen. Wir glauben, daß dieses Gericht nur deshalb so lange nicht zusammentritt, weil es kein Material hat, und weil es durch seine Spitzel erst die verschiedenen Delikte konstruieren muß.

Wir fordern sofortige Freilassung unserer Genossen aus der Untersuchungshaft.

Zauer. Kommunisten ins Zuchthaus. In den letzten Tagen sind wiederholt Genossen hier eingeliefert worden, die von der Schnelljustiz der mitteldeutschen Sondergerichte ins Zuchthaus geschickt wurden. Die Arbeiter, die gegen die Rot und das Glend gekämpft haben, kommen ins Zuchthaus. Die Kappoestien, wenn man ihrer wirklich habhaft wird, bekommen zum Schein ein paar Monate Untersuchungshaft. Arbeiter erkennen diesen Widerstand

## Kleine Mitteilungen.

### Blutige Zusammenstöße in ganz Italien.

Infolge faschistischer Provokationen und Angriffe auf kommunistische Genossen schritt das Turiner Proletariat zur Abwehr. Es kam zu einem großen Feuergefecht auf offener Straße. Die Arbeiterkammer von Turin wurde von bewaffneten Faschisten überrumpelt und in Brand gesteckt. Die Nachricht verbreitete sich blitzartig in der ganzen Stadt.

Eine ungeheure Erregung bemächtigte sich des Turiner Proletariats. In zahlreichen Fabriken wurde die Arbeit spontan niedergelegt. Sämtliche Straßenbahnen traten in den Streik. Einige Stunden später wurden die wichtigsten Fabriken besetzt. Karabinieri und königliche Gendarmen räumten sie am Abend.

### Joch will marschieren.

„Echo de Paris“ berichtet, daß, selbst wenn die deutsche Regierung von heute bis Sonnabend dem Reparationsanschuß höhere Angebote machen würde, Deutschland wohl die Zwangsmassnahmen nicht mehr vermeiden werde; selbst wenn Frankreich ganz allein marschieren müßte. Es sei entschlossen, nicht mehr auf den guten Willen eines Gegners zu warten. Alle Vorbereitungen seien getroffen worden. Deshalb glaubt man, daß die Besetzung des Ruhrgebiets zwischen dem 7. und 15. Mai stattfinden werde.

Amerika wartet ab. Wie Neuter aus Washington meldet, hat die amerikanische Regierung noch keine von ermächtigt Seite herrührende Benachrichtigung über die Haltung der Alliierten erhalten. Unzweifelhaft werde das Staatsdepartement den Empfang einiger Angaben über die Annehmbarkeit der deutschen Vorschläge abwarten, ehe es nach Berlin seine Antwort erteilt.

## Lokales.

Breslau, den 30. April 1921.

### Eine Anfrage an das Wohnungsamt.

Während das Proletariat in elenden Löchern und Kellerwohnungen dahinsiecht, während es in Breslau 40000 Wohnungssuchende gibt, die sich die Füße wund laufen, um nur ein Zimmer

zu finden und die täglich vom Wohnungsamt mit der Begründung abgewiesen werden, daß keine Wohnungen frei sind, ist für Angehörige der oberen Zehntausend diese Not nicht vorhanden, sie brauchen keine Mühe aufzuwenden, für sie ist alles da, was den Geldbeutel hat, dem blüht das angenehmste Leben im Staate der Demokratie.

Wir möchten uns erlauben, das Wohnungsamt auf folgende Tatsachen aufmerksam zu machen, und dringen auf eine resloße Aufklärung dieser skandalösen Zustände.

Uns wird mitgeteilt, daß eine Frau, verw. Gehelmarat Heiderich, am 16. April aus Berlin zugezogen ist und vom Wohnungsamt anstandslos in der Auguststraße 64 eine 6-Zimmer-Wohnung zugewiesen erhalten hat.

Wir erlauben uns die beschriebene Anfrage an den Wohnungskommissar, wie es möglich ist, daß einer einzelnen Person 6 Zimmer zugewiesen werden, während tausende von Angehörigen der arbeitenden Klasse kein Unterkommen finden.

Wir fordern, daß die Frau Gehelmarat sofort aus der Wohnung herausgedrängt wird und dieselbe so hergerichtet wird, daß evtl. 2 Familien darin Unterkunft erhalten. Während die Ange-

## Mitglieder-Versammlung

Dienstag, den 3. Mai, abends 7 1/2 Uhr, in „Sausoucie“, Neuhäuser.

### Tagesordnung:

1. Bericht über den Siegnitzer Bezirksparteitag.
2. Ansprache.
3. Verschiedenes.

Alle Genossen sind verpflichtet zu erscheinen. Die Mitgliedskarte ist am Eingang vorzuzeigen.

Orts-Ausschuß KAPD. Breslau.

hörigen der arbeitenden Klasse jahrelang herumlaufen, um ein Unterkommen zu erhalten, wird einer Person, deren Kasse mit dazu geholfen hat, das dies Glend über die breiten Schichten der Bevölkerung hereingebrochen ist, bei ihrer Ankunft vom dienenden Wohnungsamt eine große Wohnung zugewiesen.

Resloße Aufklärung wird im Interesse der wohnungssuchenden Bevölkerung gefordert.

Näheres über die Verteilung von Winterkohlen für Zentralheizungen an Behörden und Anstalten bringt ein Inserat in der heutigen Nummer unserer Zeitung.

## Bedruf

an alle Kleinbauern, Gärtler und Landarbeiter, an das schaffende Volk auf dem Lande ist erschienen und zum von 20 Pf. zu vertreiben. Wir fordern alle Ortsgruppen, Landvertrauensleute auf, Bestellungen in großer Höhe durch die Bezirkssekretariate an die Abteilung „Land“ gelangen zu lassen. Die Schrift eignet sich besonders zur Vertreibung kommunistischer Wanderungen, Landagitationsfahrten.

## Zum 1. Mai

Maiabzeichen  
Sowjetsterne  
Maifestzeitung  
Mailieder

Kommunistische Bücherei  
Gräbschener Strasse 45.

Herausgeber: „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“ Verantwortlich für den gesamten Inhalt Ernst Beder, für Inserate: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H. Druck: Buchdruckerei Büffel & Danigel, sämtlich in Breslau

### Stadttheater.

Sonnabend 7 Uhr:  
Singspiel Barbara Kemp:  
Rosa Lisa  
Sonntag 6 Uhr:  
Faschial.

### Jahr-Theater.

Sonnabend 7 Uhr:  
Aber unsere Straß.  
1. und 2. Teil.

### Chalio-Theater.

Sonnabend 7 1/2 Uhr:  
Gefändnis.

### Schauspielhaus.

Operntheater, II. St. 2545  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Die spanische Nachtigall.  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:  
Die Falschingsfee.  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
Wiener Blat.

### Liebig-Theater

Täglich 7 1/2 Uhr:  
Der große Erfolg des April-Programms.

### Kammer-Lichtspiele

Schweidnitzer Strasse.  
Die dritte goldene Filmwoche!  
Donnerstaggespräch v. Breslau:  
Friedr. Zedolk  
der deutsche Psylander in  
Marquis Torrey  
Der Abenteuerer  
van Paris  
8 fabelhaft spannende Akte.  
Dazu: Die neue gewaltige  
Sittentragedie  
Die Schmach nach der  
grossen Welt  
6 grandios dramatische Akte.

### Volksgarten-Lichtspiele

Michaelstr. 43  
Nur 4 Tage!  
Albertini  
der Meister der Sensationen  
in dem ind. Lys-Großspiel  
Buffalo und Bill  
Ab Freitag, den 2. April  
bis Montag, den 2. Mai:  
1. Episode:  
Verfolgung auf  
Leben und Tod!  
Ab Freitag, den 2. April  
bis Montag, den 2. Mai:  
2. Episode:  
Das Ende  
der Verbrechen!  
Beginn pünktlich  
7, 8, 9, 10 Uhr.

## Schauburg

Viktoria-Theater  
Neue Taschenstraße  
Anfang 4 Uhr.  
Einlass 1/4 Uhr.

## D. K.

Theater  
Friedr.-Wilh.-Str. 35.  
Anfang 1/5 Uhr.  
Einlass 4 Uhr.

In beiden Theatern 2 Erstaufführungen:

Der Schlagerfilm des Emelka-Konzerns!

## Die schwarze Schmach

### Der Schrecken am Rhein

Ein Mutschrei an die Menschheit!

Urkundenmäßig mit allen näheren Angaben nach der Broschüre des englischen Politikers E. D. Morel und der Broschüre der rheinischen Frauenliga.

## Farbige Franzosen am Rhein

Ausserdem:

## Stuart Webbs

in dem Kolossal-Detektivfilm

## Der grosse Chef

Das Neueste, das Beste, das Spannendste.

NB. Schlussstil:

Mann ohne Namen ab 6. Mai.

## Odertor-Lichtspiele

Weinstrasse 53/55.

Nur noch heute!  
Der große Erfolg!

## Die Vampire

Der spann. Auslands-Chlager

Sonntag und Montag!

Der mit größter Spannung

erwartete zweiteilige Sen-

sations- und Abenteuerfilm!

## Sträflingsketten

1. Teil.

Der Schrei aus der Verban-

kommen - sehen - staunen

7 m. Schöne unübertreffl. Akte.

Sonntag 3 Uhr Jag.-Vorstellung

## Aladin mit der Wunderlampe

Jede Dame

verwende zur Körperpflege

die neuesten kosmetischen

Schönheitsmittel

bei Frau

Clara Fuhrmann

Breslau 8 A, Brüderstr. 20.4

# Raulino Tabak

einmal versucht  
immer verlangt.

Sür kurze Pfeife

Schäg, roter Streifen	50 Gr. Mä.	2.50
„ lila	50 „ „	2.75
„ grüner	50 „ „	3.00
„ schwarzer	50 „ „	3.50

Su haben in den Zigarren-Geschäften.

Vertretung für Schlesien:

Curt Friedlaender, Breslau 13

Gutenbergstrasse 10

Farnsprecher: Ring 361.

# Billige Salzheringe

Nach Räumung alter Bestände können nunmehr durch den Kleinhandel unsere billigen Sorten zu 25 bis 40 Pf. das Stück an das Publikum abgegeben werden. Ferner sind jetzt durch uns ca. 50000 Fab vorzüglicher holländischer Heringe in den Handel gebracht, welche an das Publikum zu 50 bis 70 Pf. das Stück durch den Kleinhandel abgegeben werden können.

Man verlange unsere vollwertige Ware in den einschlägigen Geschäften. Bei Abnahme von mindestens 33 Kgs kann direkt von der Salzherings-Einfuhr-Gesellschaft m. b. H. Berlin W 8 Französische Straße 14 bezogen werden.

Salzherings-Einfuhr-Gesellschaft

m. b. H.

Berlin.

Reichsfischverforgung

G. m. b. H. i. L.

## Achtung! Wo?

kniff man vom und geht. Kibel sowie ganz Sp-richtungen an lästigen und verteilten. Bei H. Kluge, Neumarkt 12, nur 1. Etg.

## Militärhojen

neu, verkauft Sonntag 13. III. 1921

Jeder Kommunist muß eine Waffe haben!

Die beste Waffe ist ein Abonnement auf die

„Schlesische Arbeiter-Zeitung“.